

© Neue Zürcher Zeitung; 25.09.2006; Ausgabe-Nr.  SMD schweizer mediendatenbank

222; Seite 7

Inland Text

Zwei massive Ja zu einer restriktiven Migrationspolitik

Wehrli C.

Derart überwältigende Mehrheiten für das Ausländergesetz und speziell für die Asylrechtsrevision hatte man nicht erwartet. Sie erreichen, bei guter Stimmbeteiligung, mit 68 Prozent fast das gleiche Ausmass wie bei der letzten, ausgewogenen Asylvorlage 1999 (71 Prozent). Das oppositionelle Engagement explizit bürgerlicher Persönlichkeiten scheint sich ebenso wenig ausgewirkt zu haben wie das Faktum, dass die Zahl der Asylgesuche heute nur einen Viertel der damaligen beträgt. Die schwächere Zustimmung der Westschweiz und des Kantons Basel-Stadt ist ein Indiz, dass «objektive» Probleme und politische Stimmungen nicht ganz deckungsgleich sind. Aber auch «subjektive» und ihrerseits politisch beeinflusste Wahrnehmungen sind eine Realität. Und insofern als es bei migrationspolitischen Abstimmungen nicht nur um konkrete Inhalte, sondern auch um allgemeine Einstellungen zu Fremden geht, kann das massive Doppel-Ja liberale Befürworter nicht nur freuen.

BLICK AUF HUMANITÄRE PRAXIS

Wenn sich in der Zustimmung zur Verschärfung des Asylrechts mehr ausdrückt als die Sorge um administrative Schwierigkeiten mit ein paar tausend Weggewiesenen ohne Reisepapiere, öffnet sich der Interpretation ein weites Feld. Kriminalität, Verlust von wirtschaftlichen und kulturellen Gewissheiten oder der Islamismus als Feindbild sind geläufige Stichworte von Erklärungsversuchen. Genauere Analysen und Folgerungen sind aber eine Aufgabe über den Abstimmungstag hinaus.

Was bedeutet die Asylgesetzrevision in der Sache selber? Die Gegner, die das «Ende der humanitären Tradition» kommen sahen, nehmen jetzt die Befürworter beim Wort, wonach nur Missbräuche zu bekämpfen sind. Der Bundesrat hat im Abstimmungskampf bekräftigt, dass die umstrittene Vorschrift über Identitätspapiere konform mit der Flüchtlingskonvention auszulegen ist. Spielraum besteht auch beim Sozialhilfestopp für Weggewiesene. Es wäre widersinnig, Leute, die sich noch legal in der Schweiz aufhalten, in Grauzonen zu verweisen, statt weiterhin zu versuchen, sie, auch mit konkreter Unterstützung, zu einer regulären Rückkehr zu bewegen. Der Anwendung der erweiterten Zwangsmassnahmen schliesslich dürften schon die Haftplätze und ihre Kosten Grenzen setzen.

Einen korrekten und menschenwürdigen Vollzug wird auch die SVP zu akzeptieren haben. Sie hat früheren Revisionen eine entscheidende Wirkung abgesprochen und für die jetzige, von «ihrem» Bundesrat Christoph Blocher geprägte Vorlage mit der Parole geworben: «Missbrauch stoppen». Die Partei ist dementsprechend an ihre Verantwortung zu erinnern und soll es sich mit Kritik künftig nicht zu einfach machen können. Der Migrationsminister selber kann einen persönlichen Erfolg verbuchen. Schön wäre es, würde er seine Stellung nun auch dazu benützen, für die echten Flüchtlinge und vorläufig Aufzunehmenden um Verständnis zu werben, statt immer wieder in Polemik zu verfallen.

INTEGRATIONSPFLICHT

Das neue Ausländergesetz ist mit dem insgesamt praktisch gleichen Ja-Stimmen-Anteil angenommen worden wie das revidierte Asylgesetz. Die Materie ist eine andere, als gemeinsam kann aber das Ziel gelten, die Zuwanderung in die Schweiz besser unter Kontrolle zu bringen. Linke und Migrantenorganisationen hatten die Vorlage bekämpft, weil sie ihre Liberalisierungswünsche unerfüllt liess.

In dieser Konstellation erwuchs dem Gesetz, das eine - selektive - Immigration durchaus vorsieht und die Rechtsstellung der Zugezogenen in einzelnen Punkten verbessert, für einmal kein Widerstand von der politischen Rechten. Mit Opposition oder Druck der Schweizer Demokraten und der SVP ist aber weiterhin zu rechnen, wenn es um die andere Hälfte der Ausländerpolitik geht, um die Freizügigkeit im Verhältnis mit der EU. Künftige Erweiterungen der Union und der vor Mitte 2009 fällige Entscheid über die Fortführung des Abkommens bieten Gelegenheiten dazu. Im Fall eines Referendums werden die Allianzpartner von FDP und CVP wohl auf der europafreundlichen Linken sein.

Bei der Umsetzung des neu kodifizierten Ausländerrechts wird darauf zu achten sein, dass das zentrale Kriterium für die Zulassung - hohe Qualifikation und gute Integrationsperspektive - nicht unter dem Druck von Einzelinteressen aufgeweicht wird. Grosse Aufgaben stehen noch bei der Förderung der Integration bevor; namentlich die Idee der Verpflichtung von Zuzüglern ist noch wenig konkret. Dass das Anliegen nun eine noch breitere Legitimation bekommen hat, ist erfreulich. Von spürbaren Erfolgen wird es abhängen, ob künftige ausländerpolitische Abstimmungen nicht wieder zu Zitterpartien werden.

C. W.